



Moslems fordern Auskunft

Weltorganisation der islamischen Länder hat Augenmerk auf Minarett-Initiative gerichtet

Die Minarett-Initiative beunruhigt die islamische Welt. In einer Note verlangte sie von der Schweiz Auskunft über das von SVP-nahen Kreisen lancierte Volksbegehren.

GEORG FARAGO/BERN

Die Schweiz muss sich offensichtlich darauf einrichten, im Ausland auch politisch durchleuchtet zu werden. Lange war sie in der Öffentlichkeit anderer Länder vorab für Berge und Banken bekannt. Mit der SVP-Ausschaffungs-Initiative, den Schafplakaten im Wahlkampf und der Minarett-Initiative von SVP- und EDU-Kreisen haben in den vergangenen Monaten andere Aspekte der Schweiz Aufmerksamkeit erregt. Kritisch geäußert haben sich – neben zahlreichen ausländischen Medien – der UNO-Menschenrechtsbeauftragte und der OSZE-Vertreter gegen Intoleranz und Diskriminierung von Moslems.

Diplomatische Note überreicht

Wie gestern bekannt wurde, hat inzwischen auch die Organi-

sation islamischer Staaten (OIC) mit Sitz in Saudi-Arabien ihr Augenmerk auf die Minarett-Initiative gerichtet. Entsprechende Berichte des Schweizer Radios wurden vom EDA-Sprecher Lars Knuchel in den Grundzügen bestätigt.

Demnach hat die OIC der Schweizer Botschaft in Riad bereits Ende November eine diplomatische Note überreicht, in der Erklärungen zur Initiative gefordert wurden.

Vor wenigen Tagen überbrachte die Botschaft die Antwort der Schweiz. Darin wurde der OIC der Inhalt der Minarett-Initiative erläutert und die Ausprägung der direkten Demokratie mit dem Initiativrecht erklärt. Weiter wurde festgehalten, dass die Initiative auch in der Schweiz umstritten ist: Mehrere Bundesräte und eine bedeutende Zahl von Parteien, Verbänden und Rechtsexperten hätten sich in der Öffentlichkeit kritisch dazu geäußert. Die Rechtsexperten hätten auch bezweifelt, dass die Initiative in Einklang zu bringen sei mit der Europäischen Menschenrechtskon-

vention, was ihre Anwendbarkeit in der Praxis fraglich erscheinen lasse, stand in der Antwort.

Ob und allenfalls wie die OIC auf die Note der Schweiz reagieren wird, war im EDA gestern nicht zu erfahren. Die Anfrage vom November zeigt aber, dass die Minarett-Initiative eine Organisation aufgeschreckt hat, die fast alle islamischen Länder vertritt. Dabei hütet sich die OIC üblicherweise, sich mit der Innenpolitik anderer Staaten zu befassen. Kritisch äusserte sie sich in den letzten Jahren nur zu den Mohammed-Karikaturen in Dänemark und zur Regensburger Rede des Papstes, in der dieser auf die kriegerische Ausrichtung des Islam anspielte.

Die Aufmerksamkeit der OIC hat man auch bei der Föderation islamischer Dachorganisationen in der Schweiz registriert. Deren Präsident, der Thurgauer Arzt Hisham Maizar, lehnt zwar jegliche Einflussnahme von aussen ab, denn «Vorort-Probleme müssen vor Ort gelöst werden», wie er gestern sagte. Für Maizar steht aber fest, dass das Volksbegehren das Image der Schweiz im Ausland bedrohe. Dieser Gefahr ist man sich

auch in Bern bewusst. Vor mehreren Monaten wurde das EDA vom Bundesrat beauftragt, Überlegungen zur Kommunikation im Ausland vor dem Hintergrund der Minarett-Initiative anzustellen.

Der Mitinitiant und St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat für solche Bedenken kein Gehör. Die Schweiz sei ein souveränes Land, sagte er, niemand habe ihr dreinzureden. Die OIC solle in erster Linie auf die Einhaltung der Menschenrechte in den eigenen Mitgliedsländern achten.

Couchepin in Ägypten

Gelegenheit, sich einen Eindruck über den Ruf der Schweiz zu machen, hat derzeit Bundespräsident Pascal Couchepin. Er reist in diesen Tagen durch Marokko und Ägypten. Nach Auskunft seines Sprechers Jean-Marc Crevoisier wurde er aber weder im einen noch im anderen islamischen Land auf die Minarett-Initiative angesprochen. Gemäss Depeschagentur SDA sei Couchepin aber auf eine ausländerfeindliche Schweizer Partei angesprochen worden, die zunehmend an Boden gewinne.

STICHWORT

Organisation der Islamischen Konferenz

Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ist ein internationale Dachverband, der 57 Staaten mit islamischer Bevölkerung umfasst. Die OIC wurde 1969 mit dem Ziel gegründet, die Kräfte der Mitgliedländer zu bündeln,

um die Interessen der Moslems in der ganzen Welt zu vertreten und deren Fortschritt und Wohlstand zu mehren. Zu Beginn richteten sich die Aktivitäten der OIC prononciert gegen Israel und dessen Besetzung der palästinensischen

Gebiete. Inzwischen sind die Aktivitäten breiter gefasst. OIC-Konferenzen finden auf der Ebene der Staatsschefs (Könige und Präsidenten) alle drei Jahre statt. Einmal jährlich werden Treffen der Außenminister organisiert. Zentrale

und Generalsekretariat der OIC befinden sich in Jiddah (Saudi-Arabien). (red.)



St. Galler Tagblatt Gesamtausgabe

12.01.2008

Seite 2 / 2

Auflage/ Seite 103399 / 10

9126

Ausgaben 300 / J.

6174013

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
St. Galler Tagblatt, (Stadt & Region)	40'736
Toggenburger	4'851
Appenzeller Zeitung	15'198
Wiler Zeitung-Volksfreund	15'014
Der Rheintaler	12'400
Tagblatt (Thurgau)	15'200